

Territorialitätsprinzip und Kostenübernahme durch die OKP bei im Ausland bezogenen Medikamenten

Position des Schweizerischen Apothekerverbands pharmaSuisse

30.11.2022 (ersetzt Position vom 27.09.2019)

pharmaSuisse spricht sich gegen die Lockerung des im Krankenversicherungsgesetz (KVG) verankerten Territorialitätsprinzips für die Vergütung von Medikamenten durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) aus. Die Leistungs bernahme von im Ausland bezogenen Medikamenten ist keine langfristige Lösung zur Kostendämpfung und benachteiligt Schweizer Leistungserbringer. Sie geführt die gut funktionierende Schweizer Grundversorgung und die Versorgungssicherheit im Arzneimittelbereich.

Ausgangslage

Der gültige gesetzliche Rahmen – festgelegt im Krankenversicherungsgesetz (KVG), der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) – regelt, unter welchen Bedingungen Leistungserbringer zulasten der OKP abrechnen dürfen, und garantiert eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten. So verlangt das Medizinalberufegesetz (MedBG) für diplomierte Apothekerinnen und Apotheker zusätzlich einen eidgenössischen Weiterbildungstitel zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung und das KVG den Nachweis, den gesetzlich auferlegten Qualitätsanforderungen zu genügen. Das Heilmittelgesetz (HMG) verbietet Schweizer Leistungserbringern die Abgabe von nicht in der Schweiz durch Swissmedic zugelassenen Medikamenten (Ausnahmen in Spezialfällen) und bindet sie somit an die durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) festgelegten Preise. Der Bundesrat, das Parlament und das Eidgenössische Departement des Inneren prüfen innerhalb ihres jeweiligen Kompetenzbereichs verschiedene Massnahmen zur Kostendämpfung. Darunter fällt die Aufweichung des Territorialitätsprinzips (Art. 34 KVG), angesprochen im Bericht der Expertengruppe¹ und dem ersten Paket der Massnahmen des Bundesrats vom 21.08.2019 (Experimentierartikel).

Stellungnahme und Begründung

Die Gesetze und die Behörden verlangen von Schweizer Apothekerinnen und Apothekern zu hohen Schweizer Preisen die Einhaltung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards. Damit schränken sie ihnen den Zugang zu ausländischen Märkten de facto fast vollständig ein. Auch die Versicherten haben keine Möglichkeit, eine günstigere obligatorische Krankenversicherung² im Ausland abzuschliessen. Die Territorialität ist somit vom Gesetzgeber allseitig gewollt und erzwungen und beinhaltet die Grundsätze der Gegenseitigkeit und der Rechtsgleichheit. Heisst: faire Marktbedingungen für alle.

Die Arzneimittel-Zulassungsverfahren³ für den Schweizer Markt sind äusserst komplex und die heilmittelrechtlichen Anforderungen an die Apotheken und die Personalkosten sind im Vergleich mit unseren Nachbarstaaten hoch. Der viel kleinere Schweizer Arzneimittelmarkt ist eine zusätzliche Erschwernis. Die Forderung der Vergütung von im Ausland bezogenen Arzneimitteln unter dem Deckmantel der Kostensenkung ist deshalb fragwürdig, wenn ein und dasselbe Amt den Markt für inländische Leistungserbringer stark reguliert und gleichzeitig den Bezug von günstigeren Leistungen im Ausland fördern möchte.

¹ Kostend mpfungsmassnahmen zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, Bericht der Expertengruppe, 24.08.2017. URL: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/versicherungen/krankenversicherung/kostendaempfung-kv.html> [27.10.2022]

² Art. 3 KVG

³ Zur Erinnerung: Die in der Schweiz zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) verrechneten Arzneimittelpreise werden vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) festgelegt. Diese Arzneimittel müssen den Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen und auf der Spezialitätenliste (SL) aufgeführt sein.

Eine Aufweichung oder sogar Aufhebung des Territorialitätsprinzips gefährdet den Zugang und die Qualität der, von den Apotheken gewährleisteten, medizinischen Grundversorgung. Der kleine Schweizer Pharmamarkt würde für viele Pharmafirmen noch unattraktiver, da kein Grund mehr bestünde, einen Zulassungsantrag für Medikamente in der Schweiz zu stellen. Die Kostenübernahme von im Ausland bezogenen Arzneimitteln durch die OKP bedroht somit die Versorgungssicherheit der Patientinnen und Patienten und die Existenz insbesondere von grenznahen Apotheken. Mit der Aufhebung des Territorialitätsprinzips ginge nicht nur diese Sicherheit und die hohe Qualität der medikamentösen Behandlung verloren, sondern auch die Daseinsberechtigung von Swissmedic. Ebenfalls entstünde ein Ungleichgewicht in den Auflagen an Schweizer und ausländischen Abgabestellen, das inländischen Betriebe wettbewerbsunfähig macht und verfassungsmässig nicht haltbar ist.

Forderung

pharmaSuisse fordert, dass das in der Schweiz praktizierte, sichere und qualitativ hochstehende System der Zulassung von Medikamenten, des Vertriebs vom Hersteller über den Grossisten und den Apotheken zu den Patientinnen und Patienten weiterhin aufrechterhalten wird und keine Benachteiligung inländischer Betriebe gegenüber ausländischen Anbietern entsteht.

Kontakt: publicaffairs@pharmaSuisse.org